

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 11 + 34. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4 Berlin, 18. März 1933

Um die Nation

Das Volk hat am 5. März gesprochen. Es hat sich für eine Regierung der sogenannten nationalen Rechten entschieden. Etwa 52 Prozent der abgegebenen Stimmen kann die Regierung Hitler-Hugenberg-Papen für sich buchen. — Man könnte sich eigentlich nur darüber freuen, daß das nationale Bewußtsein, das als Reaktion auf eine fast übermenschliche nationale Anstrengung von 1914 bis 1918 nach dem Kriege einen starken Rückschlag erlitt, neuerdings stärker in den Vordergrund tritt. Aber gleichzeitig mit dem Anwachsen des nationalen Bewußtseins besteht wieder, wie immer bei uns Deutschen, die Gefahr der inneren Zerreißung des Volkes. Wir haben es schon in den ganzen letzten Jahren erlebt, daß man sich um den Begriff des Nationalen die Köpfe blutig geschlagen hat. Es besteht heute die Gefahr, daß ein falsch verstandenes Nationalbewußtsein das deutsche Volk auf Jahre, vielleicht auf Jahrzehnte hinaus daran hindert, zur Nation, d. h. zur inneren Einheit des seiner gemeinsamen Aufgabe bewußten Volkes zu werden.

Die Führer des Nationalsozialismus werden sich darüber klar sein, daß ihr Wahlerfolg auf zwei verschiedenartige Strömungen im Volk zurückzuführen ist. Sicherlich liegt das Schwergewicht bei sehr vielen ihrer Wähler auf dem Sozialen, d. h. auf dem Willen zu einer wirtschaftlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Neuordnung, die alle Volksschichten und damit auch die Arbeiterschaft gleichberechtigt in das Volk einliedert und damit die Voraussetzung für eine wahrhafte deutsche Nation schafft. Ebenso wenig kann aber bezweifelt werden, daß das Nationalbewußtsein eines sicherlich ebenso großen Teiles der nationalsozialistischen Wähler die typisch bürgerliche Prägung der Vorkriegszeit hat.

Es ist vielleicht das Verhängnis der Entwicklung eines neuen Nationalbewußtseins der Deutschen gewesen, daß seine Anfänge mit der Entwicklung des Hochkapitalismus zusammenfallen. 1813 hatte das deutsche Volk gegenüber dem französischen Eroberer seine Freiheit errungen. Die innere Freiheit, das Recht, sein Schicksal, selbst mitzugestalten, erhielt es auf Jahrzehnte hinaus nicht. Und als dann endlich im Jahre 1848 die Verfassung kam, blieb die Arbeiterschaft zwar nicht formal, aber tatsächlich von der Mitgestaltung der nationalen Geschichte ausgeschlossen. Die damaligen Parlamente waren in der Hauptsache bürgerlich-kapitalistisch bestimmt. Dafür sorgte schon vielfach das Klassenwahlrecht. Es kam, was kommen mußte, die um ihr Mitgestaltungsrecht ringende Arbeiterschaft beantwortete ihre Ausschaltung durch die bürgerliche Gesellschaft zwangsläufig damit, daß sie mit dieser „Nation“, in der sie keinen Platz hatte, auch nichts zu tun haben wollte. Die Arbeiterbewegung, in ihren Ursprüngen durchaus national gerichtet, fiel zum großen Teil dem Sozialismus zum Opfer.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung hatte selbstverständlich dieser Entwicklung gegenüber einen außerordentlich schweren Stand. Sie hat es dank der feindseligen Einstellung des bürgerlich bestimmten Staates gegenüber der Arbeiterschaft nicht vermocht, die breiten Volksmassen dem Sozialismus zu entwinden. Trotzdem hat sie aus innerster Überzeugung stets den nationalen Gedanken festgehalten. Dieser nationale Gedanke der christlichen Arbeiterbewegung hatte allerdings mit den bürgerlichen Vorstellungen nur sehr wenig zu tun.

Bürgerlich gedacht, wurde die Nation identifiziert mit den bestehenden Schichten. Das Beamtentum wurde vielleicht gnädigst noch einbezogen. Die Arbeiterschaft aber existierte für diese „Nation“ nicht. Das „nationale“ Streben der bürgerlich-kapitalistischen Schichten richtete sich infolge ihrer inneren Einstellung daher ausschließlich auf die Sicherung und Förderung ihres Besitzstandes. Wenn es ihnen gut ging, dann war das für sie gleichbedeutend mit der Blüte der Nation.

Dieser bürgerlichen Vorstellung setzte die christlich-nationale Arbeiterschaft den echten Begriff der Nation gegenüber, wenigstens so, wie er vom deutschen Wesen her zu verstehen ist. Die Stärke des Deutschtums ist der selbstverantwortliche Wille des einzelnen wie auch der Volksgruppen, an der Gestaltung der eigenen wie der Volksgeschichte unmittelbar beteiligt zu sein. Der Staatsnationalismus des Westens (Frankreich, Italien), der das Eigenrecht des einzelnen wie der Volksglieder nicht anerkennt, der diesen vielmehr den unbedingten Willen des Staates aufzwingt, wird, auf deutsche Verhältnisse übertragen, immer zum Untergang der Nation führen müssen. Deshalb haben die christlichen Gewerkschaften sich stets gegen den Staatsnationalismus wie aber auch gegen die Herrschaft einer Volksschicht — gleichgültig dabei, ob es sich um Arbeiter oder Bürger handelt — gewandt. Von der Überzeugung getragen, daß das deutsche Volk nur zur Nation werden kann, wenn alle Volksschichten mitverantwortlich und mitgestaltend in Volk, Wirtschaft und Staat eingegliedert sind, haben die christlichen Gewerkschaften als ihre wichtigste Forderung stets die gleichberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft verlangt, nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch des ganzen Volkes wegen.

Für Ordnung und Freiheit

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlich-nationalen Gewerkschaften Deutschlands war am Mittwoch, den 8. März 1933, in Berlin zur Beratung und Beschlussfassung einer umfangreichen Tagesordnung versammelt. Seine Einstellung zur Lage faßte er zusammen in folgender Entschliebung:

Die letzten Wochen haben erneut gezeigt, das unser Volk noch weit von der ersehnten Einigkeit und einer sicheren Ordnung in Freiheit entfernt ist. Politische und wirtschaftliche Sorgen lasten schwerer denn je auf allen. Besonders hart ist die Lage der Arbeitslosen. Ueber den sich häufenden politischen Ereignissen ist die allgemeine Aufmerksamkeit stark von ihrem traurigen Schicksal sowie von dem Bemühen um Belebung des Arbeitsmarktes abgelenkt worden.

Der Vorstand des Gesamtverbandes spricht die Erwartung aus, das nunmehr, nachdem die Wahlen getätigt sind, alle maßgebenden Stellen sich mit ganzer Kraft mit der Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit befassen.

Vom Gelingen oder Mislingen dieses Kampfes hängt nicht nur das Schicksal von Millionen deutscher Mitbürger, sondern des Staates und der Kultur ab. In diesem Bewußtsein setzen die christlich-nationalen Gewerkschaften ihre eigene Kraft für diesen Kampf nach wie vor reiflos ein. Der Sieg kann aber nur errungen werden, wenn alle zur Mitwirkung geeigneten Kräfte im Volke mobilisiert und angespannt werden, so daß ein allseitig vertrauensvolles Zusammenarbeiten die Aufgabe erleichtert und ihr einen höheren Sinn verleiht.

Die christlich-nationalen Gewerkschaften sind der Ansicht, daß es gelingen muß, jene Ordnung zu verwirklichen, nach der sie seit ihrer Begründung streben, nämlich eine organische, vom Willen zur Selbstverantwortung getragene berufständische Sozialordnung. Jeder aufrechte Deutsche soll darin Schutz und Freiheit, Achtung und Möglichkeit zur sinnvollen Gestaltung seines Lebens finden können.

Die Nationalsozialisten haben in der Wahl gesiegt. Auf ihnen ruht damit die Verantwortung für die Zukunft des deutschen Volkes. Sie haben es in der Hand, ob die deutsche Nation, die bewußte innere Verbindung und gegenseitige Verantwortung aller Volksschichten, um die so lange vergeblich gerungen ist, verwirklicht wird, oder ob wir in die Zerreißung des Volkes in zwei Schichten wieder zurückfallen. Es ist heute billig, über den Staat von Weimar seine Glößen zu machen. Er hat aber wenigstens das eine geleistet, daß er der Arbeiterschaft das Gefühl genommen hat, von der Gestaltung der deutschen Geschichte ausgeschlossen zu sein. Der Nationalsozialismus mag noch so große Dinge unternehmen und leisten, wenn es ihm nicht gelingt — und da hilft keine Gewalt — die Arbeiterschaft der Nation verbunden zu halten, dann hat er versagt. Es geht darum, welche Kräfte im Nationalsozialismus den Ausschlag geben werden, die bürgerlich-kapitalistischen oder diejenigen Kräfte, die der Bewegung ihren Namen gegeben haben, die nationalen Sozialisten. Der erste Weg würde ins Chaos führen, der zweite würde die Voraussetzungen schaffen können für die Mitarbeit aller Kräfte, denen es wirklich um die Gesamtnation geht. Die Nationalsozialisten haben das Wort! Sie werden sich darüber klar sein müssen, daß die Nation nur aus der Liebe zum Volk wächst, daß die Liebe aber nicht aus Macht-handlungen des Staates wächst, sondern nur aus der freien, selbstverantwortlichen Mitarbeit aller Schichten.

Deutsch muß dieser Aufbau sein, und deshalb muß er genossenschaftlichen Charakter im besten Sinne des Wortes tragen. Er muß das freie Werk freier Männer sein.

In der Freiheit sehen wir ein hohes Gut. Soll in Freiheit geschafft werden können, so muß eine starke, objektive Staatsgewalt die freiheitliche Rechtsordnung gewährleisten, die dem einzelnen die Entfaltung seiner Persönlichkeit und den vom Volke her gebildeten und zu bildenden berufsständischen Organisationen kraftvolles Gedeihen sichert.

Diese Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften entsprechen dem Gründungsprogramm der christlich-nationalen Gewerkschaften, wie sie auf dem Mainzer Kongreß 1899 verkündet wurden. Dieses Programm brauchte in seinem wesentlichen Inhalt in der Vergangenheit keine Änderung; es hält auch jetzt, 1933, stand. Es braucht nur verwirklicht zu werden.

Jede Zeit ist dafür die richtige.

Es ist überdies als Wahrheit von einschneidender Bedeutung vor Augen zu behalten, daß der Staat für alle da ist, in gleicher Weise für die Niederen wie für die Höheren. Die Besitzlosen sind vom naturrechtlichen Standpunkte nicht minder Bürger als die Besitzenden, d. h. sie sind wahre Teile des Staates, die am Leben der aus der Gesamtheit der Familien gebildeten Staatsgemeinschaft teilnehmen; und sie bilden zudem, was sehr ins Gewicht fällt, in jeder Stadt bei weitem die größere Zahl der Einwohner. Wenn es also unzulässig ist, nur für einen Teil der Staatsangehörigen zu sorgen, den anderen aber zu vernachlässigen, so muß der Staat durch öffentliche Maßnahmen sich in gebührender Weise des Schutzes der Arbeiter annehmen. Wenn dies nicht geschieht, so verletzt er die Forderung der Gerechtigkeit, welche jedem das Seine zu geben befehlt. Leo XIII.

Reichskommissar Dr. Gereke über Arbeitsbeschaffung

Bei der Eröffnung der Leipziger Baumesse am 5. März führte der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, u. a. folgendes über die Arbeitsbeschaffung aus:

Nach den letzten veröffentlichten Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung kann der Bruttowert der baugewerblichen Produktion für das Jahr 1932 auf etwa 2,1 Milliarden RM. geschätzt werden. Hier von entfallen auf den Wohnungsbau und den gewerblichen Bau etwa jeweils 0,6 Milliarden, zusammen also 1,2 Milliarden RM., auf den öffentlichen Bau einschließlich des gesamten Tiefbaues etwa 0,9 Milliarden RM. Damit sind die Investitionen im Wohnungsbau und im gewerblichen Bau weit unter die Hälfte des Umfangs vom Jahre 1931 und auf rund ein Sechstel bis ein Fünftel ihres früheren Höchststandes gesunken. Leidlich gehalten gegenüber 1931 hat sich dagegen der öffentliche Bau durch die im Jahre 1932 eingeleiteten Arbeitsbeschaffungsmagnahmen. Insgesamt bietet sich dadurch jetzt das Bild, daß 1932 fast die Hälfte der gesamten Produktionsleistung im Bauwesen auf den Tiefbau fiel. Im Jahre 1933 wird sich infolge des jetzt in der Durchführung befindlichen 500-Millionen-Sofortprogramms für öffentliche Arbeitsbeschaffung ein noch besseres Bild für den Tiefbau ergeben. Nicht so günstig liegen die Verhältnisse für den Hochbau, und es ist daher verständlich, daß sich in letzter Zeit die Kräfte gemehrt haben, man solle bei der Arbeitsbeschaffung auch dem Hochbau größere Aufmerksamkeit zuwenden.

Bekanntlich werden in dem Sofortprogramm für Arbeitsbeschaffung vorwiegend Tiefbauten erfaßt. Es scheint mir aber notwendig zu sein, gegenüber manchen falschen und irreführenden Darstellungen in der Öffentlichkeit auf die Gründe hierfür einzugehen. Der Tiefbau ist von jeher vorwiegend eine Angelegenheit der öffentlichen Hand gewesen, d. h. er ist von der öffentlichen Hand finanziert und von der Privatwirtschaft durchgeführt worden. Nun sind in den letzten Jahren die Sachausgaben der öffentlichen Hand ganz außerordentlich zurückgegangen. Die Kürzungen und Streichungen, die aus unserem allgemeinen Finanzelend, bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden, insbesondere wegen der steigenden Höhe zwangsläufiger Wohlfahrtsausgaben, notwendig waren, betrafen vornehmlich den Tiefbau.

Gleichzeitig sind aber auch wegen des Mangels an Kapital, wie aus den obengenannten Zahlen hervorgeht, die Investitionsmöglichkeiten für den Hochbau, d. h. den Wohnungsbau und den gewerblichen Bau, außerordentlich zusammengeschumpft. In der Zwangslage, in der wir uns heute in Deutschland befinden, stehen wir doch vor der Frage, welche Gebiete bei einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung vordringlich sind, und der Arbeitsbeschaffungsausgleich des Reichskabinetts hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Erhaltung und Bestandssicherung vorhandener Anlagen zunächst vordringlicher erscheint als die Neuanlagen.

In der Begrenzung des Sofortprogramms für Arbeitsbeschaffung, das von mir ja immer als eine Teilmaßnahme und ein erster Schritt in der Arbeitsbeschaffung bezeichnet worden ist, soll keineswegs zum Ausdruck kommen, daß Hochbauten augenblicklich nicht notwendig und nicht vertretbar wären. Nicht nur im Interesse des Hochbaugewerbes und der in diesem Gewerbe zahlreichen Arbeitslosen, sondern auch im Interesse der Bevölkerung nicht bewohnter Gebiete in Deutschland halte ich den Wohnungsbau für dringend notwendig. Im Rahmen des bisher finanziell Möglichen sind ja auch Mittel und Beihilfen für Siedlung, nebenberufliche Landbedienung, Instandsetzung von Wohngebäuden, an denen der Hochbau interessiert ist, gegeben worden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die im Rahmen meines Arbeitsbeschaffungsprogramms gegebenen 40 Millionen RM. für Stadtrandbedienung und die 100 Millionen Reichsmark Beihilfen für Reparaturen im Wohnungsbau.

Selbst ein so kritischer Beurteiler unserer Bevölkerungsbewegung, wie der Direktor beim Statistischen Reichsamte, Dr. Burgdorfer, hat vor kurzem für die nächsten drei Jahrzehnte noch einen Wohnungsbedarf von 3,5 bis 4 Millionen Wohnungen errechnet. Wir sind nun aber in Deutschland vor die entscheidende Frage gestellt, wie wir alle solche Arbeiten finanzieren sollen. Daß der private Kapitalmarkt dazu gegenwärtig nicht in der Lage ist, wird heute von keiner Seite mehr ernsthaft bestritten, und gerade die letzten Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung über den Banmarkt beweisen außerdem, daß wir mit einer noch katastrophaleren Schrumpfung der Bauvolumen im vergangenen und besonders in diesem Jahre zu rechnen hätten, wenn nicht die öffentliche Arbeitsbeschaffung eingegriffen hätte.

Befragt man die unabdingbare Notwendigkeit öffentlicher Arbeitsbeschaffung, um besonders einem so wichtigen Schlüsselgewerbe wie dem Bauwesen wieder ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten zu geben, dann hat es keinen Zweck, den ja engen Rahmen des Sofortprogramms zu kritisieren, sondern dann muß man eben die Forderung erheben, daß die öffentliche Arbeitsbeschaffung planvoll und systematisch weiter ausgebaut wird. Nichts scheint mir aber zweckloser und der Sache schädlicher zu sein als der Streit, ob die Privatwirtschaft durch öffentliche Arbeitsbeschaffung benachteiligt wird oder nicht. Die Bauwirtschaft in allen ihren Teilen hat

jedenfalls bestimmt das allergrößte Interesse daran, daß die notwendigen Sachausgaben der öffentlichen Hand wieder hergestellt werden, und daß auch Mittel und Wege gefunden werden, um im Rahmen des unbedingt notwendigen den Hochbau in die allgemeine Arbeitsbeschaffung einzubeziehen.

Am Schluß seiner Ausführungen wies Reichskommissar Dr. Gereke darauf hin, welche reges Interesse gerade der Herr Reichspräsident von Hindenburg an der Arbeitsbeschaffung nehme, den es im vergangenen Jahre mit besonderer Genugtuung erfüllt habe, daß sich in der Frage der öffentlichen Arbeitsbeschaffung eine breite Volksfront gebildet habe von der NSDAP über die Wehrverbände und den Reichslandbund bis zu den Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen. Durchgreifende Maßnahmen seien nicht nur im Interesse der Erwerbslosen und der schwer darniederliegenden Gesamtwirtschaft aus sozialen und finanziellen Gründen notwendig, sondern ebenso sehr aus staatspolitischen Erwägungen. Mehr als sieben Millionen Erwerbslosen bildeten einen staatspolitisch äußerst bedenklichen Gefahrenherd, der mit allen Kräften beseitigt werden müsse. Eine so ungeheuer schwierige Aufgabe wie die Wiedereinstellung von mehr als sieben Millionen Erwerbslosen in den Arbeitsprozeß könne daher nur gelöst werden, wenn weitestgehende freudig daran mitarbeiten, und wenn im wahren Hindenburggeist alle parteipolitischen Gegensätze zurücktreten hinter den einen großen Gedanken, das erschütternde Elend von Millionen deutscher Volksgenossen wirksam zu bekämpfen.

Kommt eine neue Arbeitsgemeinschaft?

In der vor einigen Tagen abgehaltenen Generalversammlung der Siemens & Halske A. G. kam Herr von Siemens auf die von ihm mitgegründete Zentralgemeinschaft der gewerblichen und industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands zu sprechen und sagte: „Die Ueberzeugung der gegenseitigen Abhängigkeit lag dem Gedanken der vor 14 Jahren geschaffenen Zentralarbeitsgemeinschaft zugrunde. Die heutige Not sollte Veranlassung geben, daß jeder Weg gemeinsamer Arbeit wieder versucht wird. Unternehmer und Gewerkschaften haben sich mit ihren Konjunkturtheorien geirrt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten aber daher auch versuchen, durch gemeinsame Anstrengungen die Wirtschaft vor weiterem Schaden zu bewahren.“

Diesem Vorschlag kann man nur zustimmen. Er wird ja nicht von irgendwem gemacht, sondern von einem unabhängigen Manne, der schon in der äußerst kritischen Zeit im Jahre 1918 mit Hugo Stinnes, von Kaumer, Dr. Rathenau und von Borzsig usw. die Verständigungsversuche mit den Gewerkschaften aufnahm, um Deutschlands bedrohliches Schicksal in entscheidender Stunde gemeinsam zu meistern. Die Tätigkeit der Zentralarbeitsgemeinschaft und auch vieler Reichsarbeitsgemeinschaften war während der damaligen kritischen Zeit zweifellos leistungsfähig. Man sagt nicht zuviel, wenn man behauptet, daß sie durch ihre Wirksamkeit während und nach der Revolution die deutsche Wirtschaftskatastrophe und das Chaos verhindert hat. Es kam doch nicht von ungefähr,

Die Arbeitslosigkeit im Verband im Februar 1933

Die Arbeitslosenberichte der Verbandsbezirke vom Monat Februar ergeben, daß die baugewerbliche Wirtschaftslage seit langem erstmalig wieder eine kleine Verbesserung erfahren hat. Gegenüber der Arbeitslosenfeststellung vom Monat Januar mit 91,26 Prozent weist der Februar die Zahl der Arbeitslosen mit 89,48 Prozent auf. Das bedeutet ein Sinken der Arbeitslosenzahl um 1,95 Prozent. Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres mit 93,07 Prozent liegt der diesjährige Stand um 3,86 Prozent niedriger. In den letzten sechs Jahren hatten wir im Monat Februar folgende Arbeitslosenzahlen: 1927 = 88,30 Prozent, 1928 = 86,59 Prozent, 1929 = 85,79 Prozent, 1930 = 71,52 Prozent, 1931 = 82,72 Prozent, 1932 = 93,07 Prozent. Den ungünstigsten Stand hat der Bezirk Königsberg, ihm schließen sich an München, Hannover und Frankfurt am Main. Geringer ist die Arbeitslosigkeit gegenüber den Vormonaten noch in den Bezirken Hannover, Königsberg und München. Ein erstes Sinken läßt sich feststellen in den Bezirken Berlin, Bochum, Köln, Paderborn, Breslau, Frankfurt/Main und Karlsruhe, weisen ungefähr die gleiche Arbeitslosenziffer gegenüber dem Vormonat auf. Arbeitslos waren gemeldet in den einzelnen Bezirken im Prozent der Mitglieder:

1. Berlin 90,86 %	7. Köln/Rh. 90,15 %
2. Bochum 89,90 %	8. Königsberg 98,29 %
3. Breslau 85,17 %	9. München 86,74 %
4. Frankfurt/M. 92,37 %	10. Münster i. W. 90,59 %
5. Hannover 92,68 %	11. Paderborn 88,08 %
6. Karlsruhe 85,92 %	

daß es in den gefährlichsten Perioden immer wieder gelang, auch die radikalsten Volksmassen zur Besinnung und an die produktive Arbeit zu bringen. Dabei fehlten damals noch jahrelang in Deutschland selbst die notwendigsten Lebensmittel und Rohstoffe. Das alles hat man zu schnell vergessen. Heute schwimmen wir in Waren und Vorräten jeder Art. Nur kann sie die Masse des Volkes wegen der gesunkenen Kaufkraft, die u. a. auch durch die un sinnigen Abschließungsversuche der Völker untereinander beeinflusst wird, nicht erwerben. Herr von Siemens hat in seiner Rede diesen heißen Punkt ganz zutreffend gekennzeichnet.

Die christlichen Gewerkschaften nehmen den Gedanken des Herrn von Siemens auf. Sie stehen nach wie vor ehrlich und überzeugt zur Arbeitsgemeinschaftsidee, weil sie tragende Grundidee für die christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung ist. Gewiß hatte der Arbeitsgemeinschaftsgedanke von vornherein Gegner in dem radikalen, klassenkämpferisch eingestellten sozialistischen Lager, und zwar ebenso wie bei dem Teil der Arbeitgeber, der nicht über sich bringen konnte, aus veränderten Zeit- und Wirtschaftsverhältnissen mutig und ehrlich die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Es wird mithin nicht leicht sein, festzustellen, welcher der beiden Teile die größere Schuld an dem Austritt wichtiger Kontrahenten aus der Zentralarbeitsgemeinschaft und an der zeitlichen Lahmlegung der Reichsarbeitsgemeinschaften trägt.

Trotzdem bleibt es richtig, was Herr von Siemens sagt, daß die heutige Not Veranlassung geben sollte, daß jeder Weg gemeinsamer Arbeit zwischen Unternehmerschaft und Gewerkschaften wieder versucht wird. Wir leben wieder in Revolutionszeiten, in denen die deutsche Wirtschaft leicht vor die Hunde gehen kann. Die Unternehmerorganisationen haben, ebenso wie die christlichen Gewerkschaften, eine völlige Auflösung der Zentralarbeitsgemeinschaft abgelehnt. Es besteht also noch ein Teil derselben. Das Abkommen vom 15. November 1918 ist eigentlich von keiner Seite aus ordnungsmäßig gekündigt worden.

Die christlichen Gewerkschaften sind nach wie vor der Auffassung, daß nicht im Klassenkampf oder im falschen Arbeitsgemeinschaftsgedanken, sondern im Berufsgedanken die Zusammenarbeit und Verständigung mit den Unternehmern zu suchen ist; denn er ist noch immer der richtigere und tragfähigere. Man sollte deshalb versuchen, eine neue einfachere Form, die nicht, wie die frühere, mit vielen Paragraphen und Bestimmungen beschwert zu sein braucht, für eine Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu finden. Es geht nunmehr um den festen Willen, sich gegenseitig näher zu kommen, um freiwillig im Interesse der Wirtschaft und des Volkes mehr zu leisten, als durch Gesetz und Verordnung vorgeschrieben ist.

J. Baltrusch.

Wirtschaftsreform

1.
In Vorschlägen, wie die Wirtschaftskrise beseitigt werden soll, ist kein Mangel. Es liegen etwa zwanzig bis dreißigttausend vor. Die meisten dieser Vorschläge haben allerdings den unangenehmen Mangel, daß sie nicht durchführbar sind. Damit ist auch ihr praktischer Wert entschieden. Die minderwertigsten davon sind die, mit denen eine totale Veränderung der Wirtschaftslage bezweckt wird, obwohl sie nur eine der vielen Ursachen der Wirtschaftskrise erfassen und in der Regel diese nur ganz oberflächlich.

Inzwischen hat auch die neue Reichsregierung mitgeteilt, daß sie die Wirtschaftskrise mit allen ihren Folgen im Laufe von vier Jahren restlos überwinden werde. Wie sie das zu tun gedenkt, hat sie freilich nicht mitgeteilt. Das zu erfahren, wäre aber mindestens sehr interessant, da ja innerhalb der Reichsregierung gegenwärtig verschiedene Wirtschaftssysteme vertreten sind. Der Reichszugler Hitler ist Führer der nationalsozialistischen Bewegung, kann und muß also als Vertreter des nationalen Sozialismus angesehen werden. Geheimrat Hugenberg jedoch, der die wichtigsten Wirtschaftsministerien verwaltet, ist Vertreter des privatkapitalistischen Liberalismus. Und der ebenfalls mit weitgehenden Vollmachten versehene Vizekanzler v. Papen ist mindestens ganz privatkapitalistisch orientiert. Da nun Privatkapitalismus und Sozialismus Gegensätze sind, der Wiederaufbau der Wirtschaft aber doch auf irgendeiner Grundlage erfolgen muß, bleibt es immerhin interessant, welche von den innerhalb der Reichsregierung maßgeblich vertretenen Wirtschaftsauffassungen künftig Anwendung finden soll. Beide zugleich anzuwenden, dürfte technisch schwierig sein. Und eine gegen die andere zur Anwendung zu bringen, wird politisch nicht ganz leicht sein. Aber wenden wir uns wieder den eingangs erwähnten Vorschlägen zu.

Dieselben einzeln aufzuzählen, ist technisch nicht möglich. Es ist aber auch nicht nötig, sie alle zu kennen. Sie zerfallen in bestimmte Gruppen, die sich zum Teil widersprechen und gegenseitig ausschließen. Die einen sehen die Lösung in der Vergangenheit, die anderen glauben, mit der Gegenwart auszukommen, und die andere Gruppe hofft auf die Zukunft. Anders, und vielleicht verständlicher ausgedrückt, verhält es sich so: Während die einen die Wiederherstellung früherer Zustände erstreben und davon die Ueberwindung der Wirtschafts-

Krise erwarten, drängen die anderen zum Neuen, zu einer Wirtschaftsform, die sich von der gegenwärtigen wesentlich unterscheidet, während wieder andere glauben, mit Maßnahmen im Rahmen des Bestehenden das selbe erreichen zu können, also ebenfalls eine plötzliche und totale Veränderung der Wirtschaftslage. Nun ist aber das eine, die Wiederherstellung früherer Zustände gar nicht möglich, das andere aber, eine von der gegenwärtigen grundverschiedene Wirtschaftsform, ist mindestens ein sehr gewagtes Experiment, dessen Ergebnis vorläufig noch sehr zweifelhaft ist und zunächst auch bleibt. Die Maßnahmen aber, die im Rahmen des Bestehenden vorgeschlagen werden, die sich nur auf nebenfachliche Teilgebiete beschränken, im übrigen aber alles lassen möchten, wie es ist, führen nicht aus der Wirtschaftskrise heraus, aber noch tiefer in die politische und soziale Krise hinein. Das besonders dann, wenn sie nichts anderes bezwecken, als alle Folgen der Wirtschaftskrise den Arbeitnehmern aufzuzwingen. Und darum geht es den Urhebern solcher Vorschläge in den meisten Fällen.

Im übrigen geht es bei den Vorschlägen gegen die Wirtschaftskrise in der Hauptsache entweder um eine privatkapitalistische Restauration (Wiederherstellung) oder um eine sozialistische Revolution, oder auch darum, sowohl das eine als das andere zu vermeiden und doch eine Erneuerung des Wirtschaftsprozesses und eine Erweiterung des Wirtschaftsraumes zu erreichen.

In noch einer Beziehung unterscheiden sich die Vorschläge gegen die Wirtschaftskrise: Die einen glauben, alles durch wirtschaftliche Maßnahmen erreichen zu können, die anderen hingegen versuchen es von der politischen Seite her. In jedem Fall aber geht es um die äußere Umformung und wird die Tatsache ganz übersehen, daß es sich bei der Wirtschaftskrise viel weniger um eine Krise der Wirtschaft als um eine seelische Krise handelt. Es ist fast nur von Wirtschaft und schließlich noch von Politik die Rede, sehr wenig aber vom Menschen. Es wird alles von einer Wiederherstellung alter Formen oder von einer formalen Neugestaltung erwartet, die Notwendigkeit einer Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Mensch und Materie und einer entsprechenden neuen Rangordnung wird aber ganz allgemein verkannt.

Schließlich haben alle Vorschläge, die diese Notwendigkeit nicht beachten und sich nur auf Formen beschränken, letzten Endes einen Stich ins Marxistische, auch dann, ja dann manchmal sogar ganz besonders, wenn sie die Überwindung des Marxismus bezwecken. Sie sind das Produkt einer materialistischen Denkweise und eben deshalb oberflächlich.

Das gilt selbstverständlich nicht ausnahmslos. Es gilt ganz besonders nicht für die von den üblichen Phrasen freien Kundgebungen der christlichen Gewerkschaften. Hier ist nicht Wirtschaft als ein verworrenes Begriff und nicht Politik als Selbstzweck der Ausgangspunkt, sondern der Mensch, und vor allem der arbeitende Mensch, der unter der Wirtschaftskrise unsagbar leidet. Hier geht es nicht um Formen und theoretische Meinungen, sondern um die rettende Tat. Was hier zu den Vorschlägen gegen die Wirtschaftskrise bemerkt wurde, das bezieht sich auf jene angeblich kompletten Pläne, die glücklicherweise zum größeren Teil gar nicht an die Öffentlichkeit gelangten, die zum anderen Teil allerdings auch die Grundlage öffentlicher Erörterungen sind, oder auch das wirtschaftliche Programm politischer Gruppen und die oft einzige und trügerische Hoffnung von Menschen. Einen kompletten und in jeder Beziehung und sofort wirksamen Plan gegen die Wirtschaftskrise gibt es nicht! Wer das Gegenteil behauptet, irrt oder täuscht bewusst. Aber so ist es auch nicht, als ob dagegen gar nichts geschehen könnte, als ob abgewartet werden müßte, bis der derzeitige Zustand sich von selbst geändert hat. Es kann, wie wir im zweiten Abschnitt dieser Betrachtung sehen werden, mancherlei geschehen, der Wirtschaftsnot entgegenzuwirken und einer ähnlichen Katastrophe vorzubeugen. S. B. W.

„Zweckspartassen“

Die behördliche Reglementierung und Beaufsichtigung der Baupartassen nach dem Gesetz vom 6. Juni 1931 hatte zur Folge, daß zahlreiche Baupartassen, um der Kontrolle zu entgehen, sich auf das Zwecksparen verlegten und auch eine Reihe neuer Zweckspartassen gegründet wurden. Diese sammeln Spargelder zum Zwecke der Gewährung von Darlehen für den Kauf von Möbeln, Automobilen, Maschinen, Hausrat, Vieh usw. Die Zahl der Zweckspartassen, die noch fortgesetzt wächst, beträgt heute bereits etwa 300. Großenteils handelt es sich um Gründungen von Leuten, deren Charakter, Vorbildung und Vermögensverhältnisse zu den schwersten Bedenken Anlaß geben. Der Deutsche Genossenschaftsverband äußerte sich 1931 über Zweckspargenossenschaften — eine bei diesen beliebte Rechtsform, weil die Gründer dazu kein eigenes Kapital benötigen — dahin: Die Institute, um die es sich hier handelt, hätten häufig mit dem genossenschaftlichen Gedanken so gut wie nichts gemeinsam, vielmehr drehe es sich bei ihnen in erster Linie nur um die Erlangung der Beitrittsgebühren und der Sparbeiträge; meistens komme es nicht zur Gewährung der gewünschten Darlehen. — Gewiß mag es eine Reihe von „Zweckspartassunternehmungen“ geben, die als reell gelten können; aber abgesehen davon, daß der Darlehensnehmer nur selten im Stande sein wird, sich hierüber ein zuverlässiges Urteil zu bilden, ist mit Mobilspargeschäften und dergleichen stets ein übermäßig großes Risiko verbunden, so daß die Sparguthaben derer, die noch kein

Am 18. März 1933 ist der elfte Wochenbeitrag für das Jahr 1933 fällig.

Darlehen erhielten, immer von Verlusten bedroht sein werden. Auch in der Werbung von „Zweckspartassen“ sind erhebliche Mißstände besonders insofern zu beobachten, als über die Höhe der Einzahlungen und die Länge der Wartezeit bis zum Empfang des Darlehens irrigen Ansichten Vorschub geleistet wird.

Es sei hier noch darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Handelskammern sich teils für eine gesetzliche Regelung des Zwecksparewesens, teils für ein gänzlichliches Verbot ausgesprochen hat, und erwähnt, daß das Reichswirtschaftsministerium sich mit der Frage beschäftigt, wie die Öffentlichkeit vor Schädigungen durch unreelle Zweckspartassen zu schützen sei; es werden neuerdings wieder andere, z. T. weitergehende Möglichkeiten als die genannten diskutiert.

Es wird zweckmäßig sein, den neuen Zweckspartassen gegenüber die äußerste Vorsicht walten zu lassen. Wer einen Bauparvertrag abschließen will, tue das am besten mit einer alten, leistungsfähigen soliden Baupartasse.

Wirtschaftskrise zerstört Volksgesundheit

Wer sich ein Bild von den Wirkungen der Wirtschaftskrise auf den öffentlichen Gesundheitszustand machen will, der braucht sich eigentlich nur einmal vor den Eingang einer Stempelstelle oder eines Wohlfahrtsamtes zu stellen. Und wer Gelegenheit hat, in den Haushalt eines Arbeitslosen zu blicken, dem werden die hungrigen Kinderaugen und die von Sorge und Not ausgemerkelten Gesichter der Frauen mehr sagen als alle Statistiken und Untersuchungen. Trotzdem verdient eine Untersuchung größte Beachtung, die von der Hygieneaktion des Völkerbundes über die gesundheitlichen Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die Volksgesundheit angestellt wurde.

Die Arbeitslosen werden von der Krise naturgemäß am härtesten betroffen; man wird die Gesamtzahl der durch die Arbeitslosigkeit mittelbar oder unmittelbar betroffenen Bevölkerung der Welt mit vielleicht 50 bis 60 Millionen schätzen können. Aber unter der Arbeiterschaft sind die Kurzarbeiter, ja selbst die Vollarbeiter, häufig ebenso in ihrer Lebensführung beeinträchtigt wie die Arbeitslosen selbst. Kurzarbeit, Feierlichkeiten und Lohnkürzungen bewirken, daß in sehr vielen Fällen das Arbeitseinkommen unter der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung bleibt.

Die Untersuchung kommt zu dem auf den ersten Blick überraschenden Ergebnis, daß die Sterblichkeit in den europäischen Ländern — wenn man die Grippeepidemie außer acht läßt — in den letzten Jahren gesunken ist. Man hätte erwarten können, daß der Mangel an guten und genügenden Lebensmitteln, die Überfüllung der kleinen Wohnungen, die unzureichende Bekleidung und Heizung während des Winters und die allgemeine Verarmung auch eine Steigerung der Sterblichkeit bewirkt hätten. Trotzdem also keine Zunahme der allgemeinen Sterblichkeit festzustellen ist, darf man daraus nicht den Schluß ziehen, daß die Krise ohne schädliche Folgen auf die Volksgesundheit geblieben ist. Denn die Sterblichkeitsziffer kann nur ein unvollständiges Bild von dem Gesundheitszustand der Bevölkerung geben, zumal sich speziell die Tuberkulosesterblichkeit erst verhältnismäßig spät nach einer Zunahme der Tuberkulosekrankheit ändert. Gerade diese gefährliche Krankheit breitet sich aber nach den Erfahrungen der Ärzte seit Beginn der Wirtschaftskrise viel stärker aus als vorher.

Der Gesundheitszustand des größten Teiles der Arbeitslosen und ihrer Angehörigen hat sich aber in den letzten Jahren zweifellos außerordentlich verschlechtert. Es mehrten sich die Anzeichen in erschreckendem Maße, daß die Ernährung in vielen Gegenden Deutschlands bereits einen Grad erreicht hat, der eine Gefahr für eine öffentliche Gesundheit bildet. Besonders die im Wachstum befindlichen Kinder der Arbeitslosen werden von der Unterernährung mit den nachteiligen Folgen betroffen. Unter den Krankheiten, die in auffallender Weise zugenommen haben, treten besonders solche hervor, die infolge von Unterernährung entstanden sind: Wachstumskrankheiten, Blutarmut, Stomatose, Würmer, Schwindkrankheiten, Zahntarries und nervöse Störungen, die zu schneller Ermüdung und Unaufmerksamkeit führen. In einem Arbeiterviertel Berlins sind viele Kinder, deren Eltern arbeitslos sind, im Gewicht und im Wachstum weit zurück und infolgedessen leicht anfällig für Tuberkulose, Hautkrankheiten und nervöse Störungen. Unter den erwachsenen Arbeitern, die das Ambulatorium eines proletarischen Bezirkes (Kreuzberg) in Berlin aufsuchen, wurde ein allgemeiner Gewichtsverlust von 3 bis 4 Kilogramm während der letzten wenigen Monate beobachtet. Von 17 gefundenen Männern, die jedoch unterernährt waren, wogen 14 weniger als 60 Kilogramm. Von 60 Frauen wog keine mehr als 55,9 Kilogramm.

Kur angedeutet möge sein, in welchem Maße die Arbeitslosigkeit schwere physische Störungen bei den Erwerbslosen und ihren Angehörigen ausgelöst hat. Die

Angst, die Arbeit zu verlieren, die Enttäuschungen bei der vergeblichen Suche nach einer neuen Arbeitsstelle, die Ausichtslosigkeit, in naher Zukunft wieder Arbeit zu finden, durch all dies wird nach und nach das psychische Gleichgewicht erschüttert. Unruhe, Angst, Verbitterung, Müdigkeit, Verlust des Selbstvertrauens und Zweiflung sind die typischen Symptome der seelischen Verfassung der Erwerbslosen.

Es ist nicht übertrieben, wenn heute vielfach von „einer verschleierte Hungersnot in Deutschland“ gesprochen wird. Ein großer Teil der Arbeitslosen verliert die quantitative und qualitative unzureichende Ernährung durch ausgiebigen Schlaf auch während des Tages auszugleichen, um dadurch den Nahrungsbedarf auf ein Minimum herabzusetzen. In diesem Zusammenhang muß besonders auf die Gefahren bei solchen Plänen hingewiesen werden, die darauf hinzuzielen, die Erwerbslosen einer Beschäftigung zuzuführen, ohne daß gleichzeitig die bei einer Arbeitsleistung erforderliche kräftige Ernährung gesichert wird. Abgesehen von dem entkräfteten Zustande, in dem sich der größte Teil der langjährigen Erwerbslosen befindet, werden von einer Reihe von Mangelkrankheiten, wie Skorbut, Beriberi und Hungerödemen, besonders solche Menschen befallen, die bei unzureichender Ernährung schwere körperliche Arbeit leisten müssen. Bei den Frauen der Erwerbslosen, bei denen mit dem Eintritt der Beschäftigungslosigkeit des Ernährers der Familie die Arbeitslast eher noch größer wird, dürfte sich die schlechte Ernährung am frühesten auswirken. S. f.

Rundschau

Laesallerlei

Die Reichsregierung hat in Bayern, Baden, Württemberg, Sachsen und Schaumburg-Lippe Staatskommissare eingeseht.

Die Zeitungsverbote werden fortgesetzt. So sind unter vielen anderen in der letzten Woche verboten worden: das „Berliner Tageblatt“, die „Kölnische Volkszeitung“, die „Oberpfälzische Volksstimme“, auch das Organ unseres Bruderverbandes der Textilarbeiter, die „Textilarbeiter-Zeitung“, und das Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine, „Der Arbeiter“.

Im ganzen Reich vor allem in Westdeutschland, sind SA und SS dazu übergegangen, Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte stillzulegen. Neue Nachrichten gehen allerdings darauf hinaus, daß die Maßnahmen rückgängig gemacht worden sind.

Überall sind die Volkshäuser der Freien Gewerkschaften besetzt worden. So letztlich noch in Bochum und Kassel. Das Haus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin ist einer Durchsuchung unterzogen worden. Ebenso das Haus des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Die Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bernau wurde vorübergehend durch SA besetzt. Das kommunistische Karl-Liebknecht-Haus ist staatlidherseits beschlagnahmt. Fast im ganzen Reich ist zwangsweise die Beschlagnahme öffentlicher Gebäude mit schwarz-weiß-roten und Hakenkreuzfahnen durchgeführt worden.

Die Reichsregierung plant die Errichtung eines Ministeriums für Propaganda und nationale Kultur. Das Ministerium soll Rundfunk, Film, Theater, Museumsweien und Auslandspropaganda einheitlich betreiben. Wie man hört, wird Dr. Goebbels die Leitung des Ministeriums erhalten.

Keine Anrechnung öffentl. Unterstühtungen auf die Arbeitslosen- und Krisenunterstühtung

Ein Erlaß der Reichsanstalt an die Landesarbeits- und Arbeitsämter anerkennt den Standpunkt des Städte- tages und weist die Arbeitsämter an, Unterstühtungen, die von der öffentlichen Fürsorge gewährt werden, nicht mehr auf die Arbeitslosenversicherung oder Krisenunterstühtung anzurechnen.

Wie erinnertlich, hatte der Deutsche Städtetag der Reichsanstalt eine Eingabe unterbreitet, in der darauf hingewiesen wurde, daß zahlreiche Arbeitsämter öffentliche Unterstühtungen, die Familienangehörigen von Arbeitslosen seitens der städtischen Stellen gewährt wurden, auf die Arbeitslosenversicherung oder Krisenunterstühtung anrechneten. Der Städtetag hatte dieses Verfahren als unzulässig bezeichnet und den Präsidenten der Reichsanstalt gebeten, für Abhilfe zu sorgen.

Beschleunigung, Erleichterung und Erweiterung der öffentl. Arbeitsbeschaffung

Bis jetzt sind von der Deffa für die Arbeitsbeschaffung Anträge über etwa 150 Mill. RM bewilligt worden. Die Arbeitsbeschaffung soll mit größter Beschleunigung in dem vorgezeichneten Ausmaß von 500 Mill. RM des Sofortprogramms durchgeführt werden. Anträge für größere Arbeitsbeschaffungskredite werden voraussichtlich nur Berücksichtigung finden können, wenn sie bis zum 20. 3. 1933 der Deffa vorgelegt werden können. Für die kleineren Kredite der Rentenbank-Kreditanstalt, die im wesentlichen für ländliche Meliorationen gegeben werden, wird dieser Endtermin später liegen. Hierfür sind im ganzen etwa 90 Mill. RM für das ganze Reich im ersten Abschnitt der Arbeitsbeschaffung vorgezogen. Die Laften für diese Kredite, die im allgemeinen Landgemeinden betreffen, sind erheblich gesenkt worden, soweit Preußen in Frage kommt. Für die anderen Länder stehen ähnliche Senkungen in Aussicht. Statt der bisherigen Belastung mit 6 Proz. für Verzinsung und Tilgung in 20 Jahren ist die Belastung auf 3 Prozent allerdings für einen längeren Zeitraum gesenkt worden. Zur Erweiterung der Arbeitsbeschaffung beabsichtigt das Reichskabinett entsprechend

Anträgen des Landgemeindefrages weitere 200 Mill. RM. aus den 700 Mill. RM. für Einstellungsprämien der Wirtschaft auf Grund des Papen-Programms abzu-zweigen.

Werteschaffende Arbeitslosenfürsorge fördert Eigenheimbau

Ein Schreiben des Reichsarbeitsministers an die Wohnungsressorts der Länder befaßt sich mit dem Beschluß der Reichsanstalt, wonach diese aus den Mitteln der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge einen Betrag von 5 Millionen RM. für die Förderung von Eigenheimen darlehensweise zur Verfügung stellt. Inzwischen ist nun dieser Betrag den Ländern unter Zugrundelegung der geltenden Bestimmungen über Reichsbau Darlehen für Eigenheime und nach Maßgabe des gleichen Verteilungsschlüssels überwiesen worden. Die Bestimmungen sind allerdings in einigen Punkten einer Abänderung unterzogen. So soll z. B. der Förderungsbeitrag je Eigenheim, das mit Hilfe dieses 5-Millionen-Darlehens errichtet ist, 800 RM. betragen, für Eigenheime mit „Einliegerwohnung“ 1200 RM. Weiterhin sind die Länder angewiesen worden, bei der Verteilung der Mittel mit den zuständigen Landesarbeitsämtern Rücksicht zu nehmen. Notwendige Voraussetzungen für die Gewährung der Förderung ist die Zuweisung der notwendigen Arbeitskräfte durch das zuständige Arbeitsamt. Die Höchstzahl der Stammarbeiter darf 20 v. H. der jeweiligen Belegschaft nicht übersteigen. Da sich weiterhin die Hergabe der 5 Millionen RM. aus der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge im wesentlichen als eine Verstärkung der Eigenheimaktion seitens des Reiches auswirken wird, sollen auch die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Interessen in jedem einzelnen Fall stärker als bisher berücksichtigt werden. In seinem Schreiben an die Wohnungsressorts weist nun der Reichsarbeitsminister auf diese letzte Bedingung noch besonders hin. Weiterhin wird noch betont, daß die Förderungsbeträge aus dem 5-Millionen-Fonds nicht zugleich neben den Reichsbau Darlehen für ein und dasselbe Bauvorhaben gewährt werden dürfen, sondern nur an Stelle eines Reichsbau Darlehens verwendet werden können.

„Wüstenrot“

Der kürzlich vom Senat des Reichsaufsichtsamtes beschlossene Antrag auf Konkurseröffnung gegen die Bauparität „Deutsche Heimaterde“ in Wüstenrot (früher „Deutsche Erde“) hat hier und da zu unlieblichen Vermutungen geführt. Zum Teil sind auch böswillige Gerüchte über einen Konkurs der Gemeinschaft der Freunde verbreitet worden, weil diese als die „Wüstenrot Bauparität“ bekannt ist. Es sei jedoch festgestellt, daß die Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, St. Ludwigsburg, weder mit jener Bauparität „Deutsche Heimaterde“ in Wüstenrot identisch ist noch mit ihr in irgendeiner Verbindung steht. Die Gemeinschaft der Freunde ist auf solider Grundlage aufgebaut und hat erst kürzlich wieder mehrere Millionen Mark für den Bau von Eigenheimen zur Verfügung gestellt. Sie ist auch bereits nach dem Gesetz als Bauparität zum Betrieb berechtigt, braucht also nicht erst eine Zulassung durch das Reichsaufsichtsamt.

Aus dem Verbandsleben

Der Erienschied. In unserer Generalversammlung am 18. Januar gab Kollege Wolf den Jahres- und Kassenbericht. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt als 1. Vorsitzender Kollege Philipp Egert, als Kassierer Franz Wolf, als Schriftführer Wilhelm Brandmann. Hansmann sprach Kollege Trimmann, Healinghausen, über die augenblickliche Lage. Er ließ die Sorgen und Nöte des vergangenen Jahres noch einmal im Geiste an uns vorüberziehen und sprach die Hoffnung auf Besserung und baldige Arbeit für dieses Jahr aus. Kollege Trimmann schloß seine Ausführungen mit dem Appell, treu zum Verbands zu halten. Die jetzigen Mitglieder müßten die Kerntruppe sein und alles anbieten, die noch Fernstehenden zu gewinnen.

Limburg. Die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle am 20. Februar wurde eingeleitet mit einer Gedenkrede für unseren verstorbenen Verbandsvorsitzenden, Kollegen Wiedeberg. Kollege Sieben erstattete den Tätigkeitsbericht. Nach Würdigung der allgemeinen Wirtschaftslage besprach er die besonderen Wünschungen für die Bauwirtschaft. Von den Angehörigen unserer Verwaltungsstelle waren im Jahresdurchschnitt 94 Prozent arbeitslos gegenüber 82 Prozent im Jahre 1931 und 68 Prozent im Jahre 1930. In den hohen Arbeitslosenzahlen liegen die besonderen Nöte unseres Abwanderungsgebietes verborgen. Die Aufgaben des Sekretariats im Einrichtungsjahre: sammeln und Vertrauen machen, im Jahre 1931: organisieren und im besonderen Jugendarbeit treiben, im Jahre 1932: verteidigen und ein besonderes in der Rechtshilfe tun, sind erfüllt worden. Unter den Auswüchsen der Krise ließ sich der gänzliche Mitgliederstand nicht ganz halten. Kennzeichen waren 56 erhaltene Mitglieder. Der Kartennachschub lag unter dem an sich notwendigen Soll. Trotz aller Not muß hier die Gemeinheitspflicht des einzelnen angeregt werden. Die ungenügende Rechtshilfe kommt in 329 Instanzen, 1074 Schriftstücken, 319 Terminen und 131 Verfahren zum Ausdruck. Mit Erfolg konnten 22 beendet werden. Die gemeldeten Ergebnisse übersteigen den Beitrag von 18 600 Reichsmark. Besondere Bearbeitung brauchen die Arbeitslosenfälle, von denen 91 die Arbeitslosenversicherung, 116 die Arbeitslosenfürsorge und 67 die Wohlfahrtsunterstützung betreffen. Die allgemeinen Eingaben und Beschwerden bei Behörden in diesen Angelegenheiten sind im indirekten Wege allen Berufsangehörigen zugute gekommen. Der Papenplan von 200 Gebäuden und 100 Versammlungen und Sitzungen runden das Bild

der Arbeit des Sekretariats in etwa ab. In besonderer Weise wurde mit Unterstützung des Verbandsvorstandes auf die Behörden eingewirkt, um unsere Wanderarbeiter ihrer Not zu entreißen und die ungünstigen Voraussetzungen für die Gewährung der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung zu mildern. Die im Vorjahre besonders gepflegte Jugendarbeit mußte gegenüber diesen Aufgaben etwas zurücktreten. Die Erfolge unserer vorjährigen Jugendarbeit wurden durch eine Ausstellung im Februar v. J. von rund 3000 Personen gewürdigt. Jugendurte wurden durchgeführt in sechs Orten. Der Bericht fand volle Anerkennung. Ein Vorschlag, zur finanziellen Sicherstellung des Sekretariats einen Zulagsbeitrag zu leisten, wurde einstimmig angenommen. Einstimmige Annahme fanden weiter zwei Entschlüsse, die sich gegen die ungerecht hohe Ansetzung der Landtragslöhne bei Festsetzung der Unterstützungshöhe in der Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung wenden und für die Abwanderungsgebiete eine überbezirkliche Arbeitsvermittlung und zusätzliche Mittel für die notleidenden Familien und Gemeinden fordern. Ein Vortrag des Kartellsekretärs Wiegert, Koblenz, stellte die staatspolitischen Aufgaben der christlichen Arbeiterschaft heraus.

Ushendorf (Emsland). Unsere am 23. Februar abgehaltene Generalversammlung war von fast allen Kollegen besucht. Kollege Landzettel, Vingen, erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht. Dieser war zufriedenstellend. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Weiterhin wurde dann über die kommenden Beschäftigungsmöglichkeiten am Orte gesprochen. Die verheirateten Kollegen klagten lebhaft darüber, daß ihnen jede Beschäftigungsmöglichkeit durch den freiwilligen Arbeitsdienst genommen würde. In den zurückliegenden Jahren habe sich immer noch die Möglichkeit ergeben, daß, wenn im Hochbaugewerbe keine Arbeit gemeien sei, doch die Möglichkeit bestanden habe, Arbeit als Notstandsarbeiter zu bekommen. Heute werden fast alle Arbeiten, die sonst wohl mit ziemlicher Sicherheit als Notstandsarbeiten gemacht worden wären, als Arbeiten des F.V.D. gemacht. Auch das Bauen der sogenannten Stadtrandiedlung von Leuten des F.V.D. sowie unverheirateten Wohlfahrtsarbeitslosen gemacht würden, führe nun auch dazu, daß die Bauunternehmer bei anderen Arbeiten sich die jungen Bauarbeiter vom F.V.D. holen und die Arbeiten dann von diesen mit einem Vergütungssatz, wie ihn der F.V.D. zahlt, oder 2 Mark pro Woche mehr, fertigstellen. Somit sei dem Familienvater jede Arbeitsmöglichkeit genommen. Durch eine bei anderer Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Osnabrück ist die Polizei aufgefordert, auf das schärfste darauf zu achten, daß keine sogenannte Schwarzarbeit gemacht wird. Die schönen Worte „Die Familie bildet die Grundlage des Staates“ sind durch obige, an sich gutgemeinte Einrichtungen stark entwertet. Notwendig und auch zweckdienlich wäre es gewiß, daß bei aus öffentlichen Mitteln bezuschulerten Arbeiten (auch bei landlichen Siedlungen) zur Bedingung gemacht würde, daß die benötigten Arbeitskräfte zur Fertigstellung der Arbeit nur vom Arbeitsamt vermittelt werden dürfen. Der Herr Regierungspräsident in Osnabrück möge nicht nur an Arbeitsbeschaffung im Wege des F.V.D. denken und Schutzmaßnahmen für Arbeitgeber schaffen, sondern sein soziales Empfinden auch dem Familienvater und dessen Frau und Kindern zuwenden.

Arjart (Oberlahn). Unsere Generalversammlung am 23. Februar befaßte sich in der Hauptsache mit der Neuwahl des Vorstandes. Es wurden gewählt als 1. Vorsitzender Alois Dickopf, 2. Vorsitzender Georg Löw, Kassierer Josef Löw, Schriftführer Richard.

Dormagen. Kollege Sieben, Limburg, hielt in unserer Versammlung am 23. Februar einen aufschlußreichen Vortrag über die wirtschaftliche Lage. Er wies hin auf die Notwendigkeit, gerade in der Zeit politischer und wirtschaftlicher Reaktion fester denn je zusammenzutehen. Die schlechte Beschäftigung der letzten Jahre hat es mit sich gebracht, daß unsere Ortsgruppe etwas zusammengeklammert ist. In Erkenntnis der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, gerade in der Jetztzeit, wollen wir nicht ruhen und rasten, bis wir unseren alten Stand wieder erreicht haben, ja noch darüber hinaus gewachsen sind. Nur wenn alle hinter uns stehen, können wir ganze Arbeit leisten. R. D.

Niederrhein. Unsere Generalversammlung am 26. Februar, verbunden mit der Ehrung von acht Jubilaren, nahm einen schönen Verlauf. Einleitend gedachte Kollege Fehlinger unseres verstorbenen Verbandsvorsitzenden und der aus der Verwaltungsstelle gestorbene Kollegen. Der Kassen- und Geschäftsbericht, gegeben von Kollegen August Stillger, fand Anerkennung. Die alte Vorstandswahl wurde einstimmig wiedergewählt. Zur Ehrung der Jubilare verlas einleitend Kollege Fehlinger die Glückwünsche des Hauptverbandes. Kollege Sieben sprach die Glückwünsche des Verbandsbezirktes und der Verwaltungsstelle Limburg aus und überreichte den Jubilaren Diplom und Silbernadel. Es sind dies die Kollegen: Adam Dillmann, Johann Kremer, Bernhard Königstein, Friedrich Max Dillmann, Kilian Henn, Jakob Jung, Martin Stillger und Peter Jung. Namens der Jubilare dankte Kollege Dillmann an und verabschiedete deren unverbrüchliche Treue zum Verband. Kollege Sieben hob im besonderen den Wert unseres Verbandes hervor und belegte dies aus dem Kapitel der Rechtsjahrsfolge.

Rhein-Walder. Unsere Generalversammlung wurde eingeleitet durch den Jahres- und Kassenbericht des Kollegen Kirzhey, in welchem deutlich die Krisenwirkungen zum Ausdruck kamen. In puncto Rechtsjahrs konnte uns die erfreuliche Summe von 4500 RM. genannt werden, die für die Kollegen erstritten wurde. Die Vorstandswahl war schnell getätigt, da der alte Vorstand in seinem Amte bekräftigt wurde. Anschließend hielt Bezirksleiter Kollege Hänschen einen wirtschaftspolitischen Vortrag, der eine gute Diskussion fand. Beherzigen muß

jeder die Schlüsselworte des Kollegen Hänschen, das hochzuhalten und weiter zu fördern, was uns die alten Kollegen erarbeitet haben. Zum Schluß laßen wir einen interessanten Lichtbildvortrag: „Der tausendjährige Kampf um den Rhein“. Wilhelm Schöpfer.

Wiesbillerode. Am 5. März fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Vorsitzende Wiedemann gedachte bei seiner Eröffnungsansprache mit warmen Worten des verstorbenen Verbandsvorsitzenden Josef Wiedeberg. Dem Kassierer wurde auf Grund seines Kassenberichtes Entlastung erteilt. In der Vorstandswahl wurde gewählt als 1. Vorsitzender Karl Wiedemann, als 1. Kassierer Heinrich Bierwirth, als 1. Schriftführer Heinrich Bierwirth II. In seiner Schlußansprache betonte der Vorsitzende, daß es gerade in der augenblicklichen schwierigen Zeit mehr denn je notwendig sei, treu zur Gewerkschaft zu stehen, weil sie die einzige Stütze sei, die der Arbeiter heute noch habe.

Berlin. Aus dem Jahresbericht der diesjährigen Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin entnehmen wir folgendes: Das Jahr 1932 hat unsere Hoffnungen nicht ganz erfüllt. Gerade die Krise der Bauwirtschaft hat ein beängstigendes Ausmaß angenommen. Die Bemühungen der Arbeitsbeschaffung haben keine fühlbare Entlastung gebracht. Im Jahresdurchschnitt waren rund 80 Prozent unserer Mitglieder arbeitslos. Daß diese katastrophale Arbeitslosigkeit sich auch im Verbandsleben auswirkte, muß ich erklären. Aber immerhin kann der Jahresabschluß als gut bezeichnet werden. — Der Mitgliederrückgang, der sich vornehmlich unter den ungeliebten Berufen bemerkbar macht, beträgt kaum 10 Prozent. Aus der sonstigen Betätigung der Verwaltungsstelle ist besonders hervorzuheben, daß insgesamt auf dem Gebiete des Rechtsjahrs 836 Auskünfte, 599 Schriftsätze und 176 Termine erteilt bzw. wahrgenommen wurden. Der Barerfolg der gesamten Rechtsjahrsaktivität beträgt fast das Doppelte des Vorjahres, zirka 15 000 RM. — Die Verwaltungsstelle hat beim Abschluß von zwölf Lohn- und Arbeitsstaripverträgen mitgewirkt. — Durch die Bemühungen der Geschäftsstelle konnte für mehr als 15 Prozent unserer Kollegen Arbeitsmöglichkeit beschafft werden. Die Gesamtaufwendung der Verbandsunterstützungen beträgt rund 7169,— RM. Bemerkenswert ist die Arbeit, die zur gewerkschaftlichen, beruflichen und staatsbürgerlichen Erziehung der Jugend geleistet wurde. Auch die Beihilfe zur Linderung der großen Not unserer Mitglieder fand Anerkennung. — Der Jahresbericht wurde mit Interesse aufgenommen. Die Vorstandswahl brachte kleine Umstellungen. Zum 1. Vorsitzenden wurde der Maurer Kollege Paul Lüdtke gewählt. Anschließend wurde der Bericht über die stattgefundenen Lohnverhandlungen gegeben. Es gilt nun auch weiterhin, den Verband durch eifrige Mitarbeit zu stützen. Wenn jedes Mitglied vor der Notwendigkeit der Erhaltung der Gewerkschaften und des Berufsverbandes überzeugt ist und sich dementsprechend betätigt, werden die Wünsche mancher Kreise nicht in Erfüllung gehen.

Berichtigung

Durch ein Versehen ist in den Nummern 9 und 10 die Wochenbeitragsnotiz falsch gebracht worden. Am 4. März war nicht der achte, sondern der neunte Beitrag fällig und am 11. März nicht der neunte, sondern der zehnte Beitrag.

Sterbetafel

Am 3. März starb unser lieber Kollege Kaspar Högins infolge Lungenentzündung im Alter von 61 Jahren. Er war allezeit ein treues Mitglied unseres Verbandes. Ortsgruppe Köpford. Ehre seinem Andenken!

Kollegen

lest den Deutschen

Louis Mosberg
Bielefeld 5
in Berufskleidung und Werkzeugen unübertroffen.
Ermäßigte Preisliste gratis



Wer gute Taschen- oder Armbanduhr ganz billig kaufen will, verlangt Preisliste gratis von der seit 20 Jahren bekannten Firma **Uhren-Klose**, Berlin SW 29 (63), Zossener Straße 8.

Möbel-Kamerling
N. Kastanienallee 56, Ecke Fehrbellinerstr. Speise-, Schlaf-, Herrenzimmer, Küchen, Zuriestgenom. Zim. u. Pr. Polier-, Beiz- u. Poliermöbel-Werkst.

Leatholz-Wassermagen in höchster Vollendung!



Stärke 25 x 50 und 25 x 35 mm

100	90	80	75	70	60	50 cm
3.20	3.00	2.80	2.70	2.60	2.40	2.20

Extra-Qualität:

3.80	3.60	3.40	3.30	3.20	3.00	2.80
------	------	------	------	------	------	------

Günstige Wertpapiere, Bekleidung, das Beste auf dem Markt. Ist Katalog sofort lieferbar. Vert. geg. Nachn. Von 10 RM. an portofrei. Jede 12te Wassermagen wird gratis geliefert. **Wettermeier & Co., Bielefeld, Ziegelstraße.**